

Thesen zur Verteilungspolitik auf dem 31. Evangelischen Kirchentag in Köln

Die Hauptpodiumsreihe 2 am 7. Juni 2007 - „Gerechtigkeit in der Gesellschaft“ - hat Dr. Claus Schäfer vom WSI in der Hans-Böckler-Stiftung mit den folgenden Thesen eröffnet. Diese Podiumsreihe wurde gemeinsam vom Deutschen Evangelischen Kirchentag und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken vorbereitet und soll ein Impuls für den 2. Ökumenischen Kirchentag in München 2010 sein.

1. Die Deutschen – wir also - sind wohlhabend, ja reich, jedenfalls im Durchschnitt:

- Wir verdienen im Jahr pro Kopf – ob Kind oder Greis - **mindestens** 19.000 Euro;
- Unser Vermögen pro Kopf beträgt **mindestens** 100.000 Euro;
- „**mindestens**“ immer, weil gar nicht alle Einkommen und Vermögen erfasst werden.

2. Doch diese Durchschnitte sagen tatsächlich nichts, weil Einkommen und Vermögen sehr ungleich verteilt sind:

- die obere Hälfte der privaten Haushalte verfügt über 80% aller ausgabefähigen Einkommen;
- **die obersten 10%** der privaten Haushalte allein bestimmen sogar über 26,3% dieser Einkommen;
- vom privaten Vermögen nach Abzug aller Schulden besitzt die **obere Hälfte** der privaten Haushalte über 96%;
- allein die **obersten 10%** der privaten Haushalte besitzen 47% des gesamten **Reinvermögens**.

3. Gleichzeitig geht der Anteil des öffentlichen oder gesellschaftlichen Vermögens – also von Schulen und anderen Gebäuden, von öffentlichen Verkehrswegen usw. – am Gesamtvermögen immer weiter zurück; denn die öffentlichen Investitionen werden Jahr für Jahr vernachlässigt.

D.h. auch die Verteilung zwischen privatem und **öffentlichem Reichtum** ist aus dem Lot!

4. Deshalb ist die Schlüsselfrage für die Zukunft: Müssen Einkommen und Vermögen so ungleich verteilt sein?

- Einerseits fallen Managereinkommen und Gewinne extrem hoch aus.
- Andererseits müssen viele Millionen Personen **ohne** Arbeit **wegen** Hartz IV mit **zu** wenig auskommen! (Wohlfahrtsverbänden sagen: es fehlen mindestens 20 %).
- Auch gibt es **trotz** Arbeit Millionen Niedriglöhner – übrigens auch in kirchlichen Einrichtungen - und **immer noch keinen** gesetzlichen Mindestlohn.
- Einerseits ist die Politik bei den Reichen „nachsichtig“. Es gibt z.B. Quasi-Mindesteinkommen für Ärzte, Architekten, Rechtsanwälte usw. es fehlen zuverlässige Statistiken über hohe Einkommen und ihre Steuerpflichten; die Hinterziehung vieler Steuern wird eher hingenommen; die häufige Missachtung der Offenlegungs-Pflicht von Vorstandsgehältern bleibt folgenlos; selbst das Bundesverfassungsgericht zögert, dem Gesetz zur Offenlegung der Nebeneinkünfte von Bundestagsabgeordneten zuzustimmen.
- Andererseits verlangt die Politik von den Bedürftigen eine „gnadenlose“ Offenlegung der persönlichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse für den Bezug von Sozialleistungen.
- Andererseits hat der Bundestag **nie** die Festlegung von Existenzminimum und –Sozialhilfesatz diskutiert oder gar beschlossen, sondern dies immer der Bürokratie überlassen. Und bisher probieren nur US-Abgeordnete schmerzhaft aus, eine Woche von Sozialhilfe zu leben.
- **Vor allem aber** ist die Steuerlastverteilung so ungleich geworden, dass heute der Sozialstaat von den oberen Schichten und ihren Steuern kaum noch finanziert wird.
- So beschert z.B. die Rot-Grüne Steuerreform ab 2005 dem Einkommensmillionär jährlich 106.000 Euro an Steuerentlastung.
- Tendenziell soll sich diese Begünstigung ab 2008 mit der geplanten **Abgeltungssteuer** wiederholen – ebenso mit der Reform von **Unternehmen- und Erbschaftsteuer**.
- Durch den damit verbundenen staatlichen Einnahmeverlust wird der Handlungsspielraum für dringende **öffentliche Güter** noch weiter sinken – und die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft noch weiter leiden.
- Dabei müsste – und könnte - der Staat umgekehrt wieder „**bereichert**“ werden durch eine **gerechtere** Steuerpolitik.
- So dürfte es in Zukunft nicht bei der heute einzigen Vermögensteuer bleiben, nämlich: der Verpflichtung an Hartz IV-Empfänger, **vor** dem möglichen Leistungsbezug erst mal ihr Ersparnis zu verbrauchen.
- Letztlich also müsste die Politik eine **gleichmäßigere** Verteilung von privaten Einkommen und Abgabelasten wieder durchsetzen, weil nur **sie** auf Dauer eine nachhaltige Zukunftspolitik verspricht. Nur dann gelingt auch ein **ausgewogenes** Verhältnis von privatem **und** öffentlichem Reichtum.